

Niederschrift
über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte
am 31.10.2019

Tagungsort: Rochdale-Raum (Großer Saal, Altes Rathaus)

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 22:50 Uhr

Anwesend:

Vorsitz

Herr Franz

Bezirksbürgermeister

CDU

Frau Heckeroth

Herr Henningsen

Herr Langeworth

Herr Meichsner

2. stellv. Bezirksbürgermeister

Fraktionsvorsitzender

SPD

Herr Bevan

Frau Mertelsmann

Ab 17:20 Uhr anwesend

Ab 20:50 Uhr abwesend

Herr Suchla

Fraktionsvorsitzender

Bündnis 90/Die Grünen

Herr Gutknecht

Herr Gutwald

Frau Zeitvogel

Fraktionsvorsitzender

1. stellv. Bezirksbürgermeister

BfB

Herr Wolff

Die Linke

Frau Krüger

Herr Ridder-Wilkens

Fraktionsvorsitzender

Nicht anwesend:

Frau Rosenbohm

Herr Linde

Herr Kleinekathöfer

Herr Löseke

Herr Tewes

SPD

Die Linke

Bündnis 90/Die Grünen

Bündnis 90/Die Grünen

FDP

Verwaltung

TOP

Herr Beigeordneter Nürnberger	Dezernat 5	10, 11
Herr Vahrson	Amt für Verkehr	6,7
Herr Homann	Amt für Verkehr	8
Frau Weinhold	Amt für Verkehr	18
Herr Steinriede	Bauamt	26

Herr Kricke	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates
Herr Tobien	Büro des Oberbürgermeisters und des Rates, Schriftführer

Gäste

Herr Kortemeier	<i>Landschaftsarchitektenbüro Kortemeier Brokmann</i>	6
-----------------	-----------------------------------------------------------	---

Bürgerinnen und Bürger
Pressevertreter

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Bezirksbürgermeister Franz begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung zur 51. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Sodann teilt er mit, dass die Fraktionen und Einzelvertreter in der Bezirksvertretung Mitte ihn gebeten hätten, den Aufruf gegen Rassismus und Antisemitismus [im Gremieninformationssystem einsehbar] zu verlesen. Dem Aufruf fügt er hinzu:

„Die Bezirksvertretung Mitte begrüßt, dass viele Bielefelderinnen und Bielefelder durch ihre Teilnahme an den Gegendemonstrationen am 9. November ein Zeichen für ein demokratisches Miteinander und für Vielfalt und Toleranz setzen. Wir bitten alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer, sich friedlich einzubringen und den Anordnungen der Sicherheitsbehörden zu folgen.“

Er teilt mit, dass zu den Tagesordnungspunkten 7 und 10 Ergänzungsanträge der CDU-Fraktion, der SPD-Fraktion und der Fraktion Die Linke vorlägen und verteilt worden seien. Zum Tagesordnungspunkt 14 hätte die Verwaltung die Vorlage zurückgezogen.

Beschluss:

**Die Tagesordnung wird um den Punkt
20.2 Skulpturen im Park der Menschenrechte
erweitert.**

Der Tagesordnungspunkt 14 wird abgesetzt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner des Stadtbezirks Mitte

Herr Vorbohle, Gewerbetreibender am Jahnplatz, erachtet die Umbaukosten für den Jahnplatz und für das im Jahnplatzforum geplante Fahrradparkhaus als zu hoch und fragt nach, ob die von der Stadt Bielefeld neben den Zuschüssen aus Fördermitteln aufzubringenden Finanzmittel nicht an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt werden könnten.

Herr Franz weist darauf hin, dass in der heutigen Sitzung beide der angesprochenen Themen auf der Tagesordnung stünden und dazu ausgiebig beraten würde. Die Sachlage sei differenziert und es werde abzuwägen sein, welche Maßnahmen sinnvoll und nutzbringend sein können. Mehr könne auf diese komplexe Frage zunächst nicht geantwortet werden.

Herr Vorbohle kritisiert die geplante Verkehrsführung und erklärt, dass

durch die gemeinsame Nutzung der Jahnplatzflächen der Radverkehr nicht verbessert und die Unfallgefahr mit den Fußgängerinnen und Fußgängern noch erhöht würde. Er frage daher nach, ob nicht ein zweites Modell mit anderen Ideen entworfen werden sollte.

Herr Franz erklärt, dass sich die Verkehrsführung noch in der Planung befände und erste Vorschläge öffentlich vorgestellt worden seien. Insbesondere das sichere Nebeneinander des Fuß- und Radverkehrs in den Haltestellenbereichen werde diskutiert. Dabei würde nach Möglichkeiten gesucht, die Sicherheit für Fußgängerinnen und Fußgänger, beispielsweise mit Signalisierungen und Markierungen, zu erhöhen und die Radfahrerinnen und Radfahrer zu mehr Rücksichtnahme zu bringen.

Herr Oberwittler, Anwohner der Weddingstraße, fragt nach, wie oft der Jahnplatz saniert und umgebaut worden sei und welche Bindungsfristen es nach einem Umbau gäbe. Als Zusatzfrage zählt er die in der Lokalpresse genannten Kosten für Grunderwerb und Errichtung des Fahrradparkhauses zusammen und erkundigt sich zu den Kosten pro Radstellplatz „ob es das wert sei“. Als zweite Zusatzfrage möchte er wissen, ob man nicht die die Querung des Jahnplatzes für Fußgängerinnen und Fußgänger generell unterirdisch durch das Jahnplatzforum festlegen könne. Herr Franz informiert, dass Straßen in der Regel eine Abschreibungsfrist von 25 bis 30 Jahren hätten. Die Fragenkomplexe würden an die Fachverwaltung gegeben und Herr Oberwittler erhalte dazu dann eine schriftliche Antwort.

Herr Zimmat, Vorsitzender der Kaufmannschaft Altstadt, fragt, wann die konkrete Entscheidung getroffen werde, den Jahnplatz umzubauen. Als Zusatzfrage erkundigt er sich, wann die Stadt Bielefeld Eigentümer der Immobilie Jahnplatzforum werde.

Dazu erklärt Herr Franz, dass die Entscheidungen in den Dezember-Sitzungen, spätestens aber im Januar getroffen werden sollten, damit rechtzeitig die Ausschreibungen vorgenommen werden könnten. Der Baubeginn müsste dann im Sommer 2020 erfolgen, um Ende 2022 entsprechend der Vorgabe der Förderbescheide fertig zu sein. Über einen Erwerb des Jahnplatzforums würden derzeit Verhandlungen geführt, die in naher Zukunft abgeschlossen werden sollten. Ob, wann und zu welchen Konditionen man zu einer Einigung komme, könne er nicht einschätzen. Er vermute, dass dieses Zeitfenster im Februar 2020 ende.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 51. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 12.09.2019

Herr Meichsner vertritt die Auffassung, dass der Tagesordnungspunkt 7 nicht abschließend beraten worden sei und daher als unerledigter Tagesordnungspunkt auf die heutige Tagesordnung hätte genommen werden müssen. Vor diesem Hintergrund bittet er, noch einmal die Audioaufzeichnung abzuhören.

Herr Franz stellt fest, dass die Bezirksvertretung Mitte mit diesem Vorschlag einverstanden sei und die Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 51. Sitzung zurückstellt.

-.-.-

Zu Punkt 3 Mitteilungen

Zu Punkt 3.1 Projektpräsentationen zum Jahr der Demokratie

Oberbürgermeister Clausen teilt mit:

„Wesentlicher Bestandteil der städtischen Aktivitäten im Rahmen des Jahres der Demokratie 2019 ist ein städtisches Förderprogramm, für das der Rat der Stadt 50.000 Euro zur Verfügung gestellt hat. Dieses Förderprogramm bietet zivilgesellschaftlichen Initiativen die Möglichkeit, emanzipatorisch und partizipativ ausgerichtete Projekte zur Förderung demokratischer Grundsätze durchzuführen.

Das Förderprogramm hat sich als äußerst erfolgreich erwiesen. Mit 61 Anträgen, die inhaltlich sehr breit aufgestellt waren und zahlreiche Bereiche zivilgesellschaftlichen Handelns abdeckten, ist das große Interesse der Zivilgesellschaft, sich für demokratische Strukturen einzusetzen, deutlich geworden. Aufgrund des Beschlusses des Haupt-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschusses konnten durch das Förderprogramm 26 Projektanträge positiv beschieden werden. Alle Projekte haben einen Bezug zu Bielefeld.

Die geförderten Projekte sowie auch einige Projekte, die wegen des begrenzten Fördervolumens finanziell nicht unterstützt werden konnten, werden sich am Tag der Ratssitzung am 07.11.2019 im Zugangsbereich zum Ratssaal präsentieren. Ich bin sicher, dass sich damit ein breites Spektrum des demokratischen Engagements und des Einsatzes für Freiheit und Toleranz in Bielefeld zeigt.

Um 16.00 Uhr werde ich die Präsentation eröffnen und lade Sie ein, an einem Rundgang durch die Ausstellung teilzunehmen. Ihre Teilnahme unterstreicht die Anerkennung und Würdigung des gerade aktuell so wichtigen zivilgesellschaftlichen Engagements und der zumeist ehrenamtlichen Arbeit in den unterschiedlichen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens unserer Stadt. Nicht zuletzt bietet sich die Gelegenheit, mit den Projektverantwortlichen ins Gespräch zu kommen und sich gegenseitig auszutauschen.

Ich selbst bin schon sehr gespannt auf die Ergebnisse der vielversprechenden Projekte und freue mich, wenn auch Sie dabei sind!“

-.-.-

Zu Punkt 3.2 Silvester auf der Sparrenburg

Der Immobilienservicebetrieb teilt mit:

Auch in diesem Jahr wird der engere Bereich der Sparrenburg in der Silvesternacht 2019/2020 zur „böllerfreien“ Zone erklärt. Von den beteiligten Dienststellen werden die erforderlichen Maßnahmen wie zum Jahreswechsel 2018/2019 getroffen.

Herr Meichsner teilt in diesem Zusammenhang mit, dass die Raketen dann unterhalb der Sparrenburg gezündet würden und für die Sicherheit der Anwohnerinnen und Anwohner Sorge zu tragen sei.

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Anfrage zur Anzahl und Auflistung der genehmigten Veranstaltungen im öffentlichen Raum im erweiterten Innenstadtbereich (Anfrage der CDU-Fraktion)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9371/2014-2020

Herr Meichsner teilt mit, dass die CDU-Fraktion die Anfrage noch ergänzen werde.

Herr Franz erklärt, dass die Verwaltung dann auf die präzierte Anfrage antworten werde.

Die Anfrage wird zurückgestellt.

-.-.-

Zu Punkt 5 Anträge

Zu Punkt 5.1 Pilotprojekt zur Verringerung von Hundekot (Gemeinsamer Antrag von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und CDU)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9414/2014-2020

Herr Gutwald stellt den Antrag [Text s. Beschluss] vor und berichtet von einer Informationsveranstaltung im Ostmannturmviertel, bei der verschiedene Maßnahmen und Aktionen in anderen Städten vorgestellt worden seien, mit denen dort erfolgreich Hundekot auf öffentlichen Flächen verringert werden konnte. Zunächst sollte ein Pilotprojekt im Ostmannturmviertel mit ähnlichen Lösungsansätzen durchgeführt werden und bei dessen Erfolg könne eine Ausweitung auf andere Bereiche angedacht werden. Herr Langeworth und Herr Ridder-Wilkens stimmen mit ihren Wortbeiträgen zu.

Beschluss:

Der Umweltbetrieb wird gebeten, ein Pilotprojekt zur Verringerung von Verunreinigungen durch Hundekot im Ostmannturmviertel zu planen und durchzuführen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.2

**Parkbankgestaltung Ehlenruper Weg
(Antrag der SPD-Fraktion)**

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9558/2014-2020

Nachdem Herr Franz den Antrag [Text s. Beschluss] und die Begründung verlesen hat, regt Frau Krüger an, die Kinder aus der benachbarten Schule in die Gestaltung der Bänke mit einzubeziehen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, einen Teil der Bänke (4 - 5 Stück) entlang des Ehlenruper Weges, auf Höhe des Spielplatzes an der Harrogate Allee, farblich neu zu gestalten. Dabei soll auch die Möglichkeit geprüft werden, unter welchen Voraussetzungen Anwohnerinnen und Anwohner, die bereits die Bereitschaft signalisiert haben, die Arbeiten durchführen zu wollen, in die Planung und Umsetzung einer solchen Gestaltung mit eingebunden werden können. Ziel sollte es sein, die Gestaltung der Bänke zum Frühling abgeschlossen zu haben.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 5.3

LKW-Parkverbot in der Finkenstraße (Antrag der SPD-Fraktion)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9561/2014-2020

Herr Suchla stellt den Antrag [Text s. Beschluss] vor und verdeutlicht mit Fotos die Situation vor Ort. Begegnungsverkehre seien nur schwer zu koordinieren, Rettungsfahrzeuge und Feuerwehr könnten nicht in der erforderlichen Geschwindigkeit den Straßenteil durchfahren.

Beschluss:

Die Verwaltung wird gebeten, in der Finkenstraße, in dem Bereich zwischen der Eckendorfer Straße und der Straße Am Finkenbach, ein Parkverbot für LKW einzurichten.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Umgestaltung des Jahnplatzes - Sachstand

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9559/2014-2020

Herr Vahrson (Amt für Verkehr) erläutert, dass am 01. Oktober bzw. 09. Oktober 2019 in der Wissenswerkstatt eine Öffentlichkeitsveranstaltung für interessierte Bürgerinnen und Bürger stattgefunden habe, bei der die Entwurfsplanung der Freianlagen und die Entwurfsplanung der Verkehrsanlagen vorgestellt worden seien. Die Fraktionen der Bezirksvertretung Mitte hätten darum gebeten, dass beide auch in der Bezirksvertretung Mitte präsentiert werden sollen.

Herr Vahrson stellt zunächst mit einer Computerpräsentation [im Gremieninformationssystem einsehbar] die Entwurfsplanung der Verkehrsanlagen vor und beantwortet Nachfragen aus der Bezirksvertretung. Ebenso geht er auf die zehn im Vorfeld der Sitzung von Herrn Gutknecht zugeschickten und schriftlich beantworteten Fragen [im Gremieninformationssystem einsehbar] ein.

Herr Franz gibt zu bedenken, dass mit einer Haltestelle an der Nordseite der Busverkehr in Gegenrichtung zur bisherigen Verkehrsführung in der Friedrich-Verleger-Straße die Herforder Straße wieder queren müsse, was zu einer weiteren Ampelphase führe. Auch würden die Haltestellen vom zentralen Haltepunkt bei Sport-Scheck in Richtung Alfred-Bozi-Straße und Friedrich-Verleger-Straße damit noch weiter auseinandergedrückt.

Herr Vahrson erklärt, dass zurzeit eine Simulation hierzu laufe, wie die Auswirkung auf den Verkehr sei. Das Ergebnis könne voraussichtlich am 12.11.2019 der Arbeitsgruppe Jahnplatz mitgeteilt werden.

Herr Suchla sieht in der Haltestellensituation noch starkes Konfliktpotential. Hier müsse für mehr Sicherheit der Fußgängerinnen und Fußgänger gesorgt werden, gegebenenfalls mit zusätzlichen, in den Boden eingelassenen Lichtsignalisierungen.

Hierzu erklärt Herr Vahrson, dass die Überlegungen zu Bodenindikatoren noch nicht abgeschlossen seien.

Herr Meichsner betrachtet die Belange von Fußgängerinnen und Fußgänger generell bei der Planung als vernachlässigt und fordert insbesondere mit Blick auf die Querungszeiten Verbesserungen. Auch gehe er davon aus, dass der Radverkehr auf den Mischflächen keine Rücksicht auf die Fußgängerinnen und Fußgänger nehmen werde. Seniorinnen und Senioren seien hier besonders gefährdet. Eine Verlagerung eines Teils der Verkehre auf den OWD sei kaum möglich, weil die Verkehrsbelastung bereits heute dessen geplante Kapazitätsgrenze überschritten habe. Eine Entlastung der Innenstadt sei durch Nutzung von Park & Ride kaum möglich, da nicht ausreichend Parkplätze zur Verfügung stünden und auch auf absehbare Zeit nicht geschaffen würden. Es habe sich nicht bewährt, den Verkehr durch die Notpfortenstraße zu leiten. Für ihn sei nicht ersichtlich, wie die privaten Parkhäuser erschlossen würden.

Herr Vahrson erklärt, dass die Zufahrten zu den privaten Parkhäusern baulich integriert würden und anfahrbar blieben.

Herr Gutknecht bedankt sich für die Antworten auf seine Nachfragen und erklärt, dass er den Zeitdruck insbesondere mit Blick auf eine nachfolgende, langjährige Bindung der Fördermittel, kritisch sähe. Er führt aus, dass er in den Antworten eine Aussage dazu vermisste, ob über Bielefeld Marketing hinaus auch mit den Gewerbetreibenden im Umfeld des Jahnplatzes über Wünsche zur Umgestaltung des Jahnplatzes gesprochen worden sei. Die Ausgestaltung der Radwege müsse viel klarer erfolgen. Bei der Frage zur Übertragung des Urheberrechts habe er nicht die bisherige Ausgestaltung des Jahnplatzes gemeint, sondern das Urheberrecht für die nun vorgestellte Planung. Bei seiner Frage nach den Wegebeziehungen zwischen den Haltestellen sei nicht jene zwischen Bus und Stadtbahn gemeint gewesen, sondern die Wegebeziehung zwischen den Bushaltestellen. Hier lägen enorm weite Wege vor.

Herr Vahrson erklärt, dass ein einziger zentraler Haltepunkt nicht möglich sei, da man damit nicht den gesamten Busverkehr abwickeln könnte. Die Entzerrung sei daher erforderlich gewesen. Geometrisch sei es aber aufgrund der großen Biegung des Platzes nicht machbar, die Haltepunkte mit den Bordstein-Anfahrkanten für einen barrierefreien Einstieg gradlinig unmittelbar hintereinander anzulegen.

Herr Henningsen hat Zweifel, dass bei der kurzen Taktung der Busreihenfolge und den auseinandergezogenen Haltestellen ein rechtzeitiges Umsteigen möglich sei. Die Lage der Radwege zwischen Busspur und Haltebereich sehe er problematisch, da hier Kollisionen vorprogrammiert seien. Die sogenannten Kopenhagener Kreisel gingen zu Lasten der querenden Fußgängerinnen und Fußgänger und eine oberirdische Führung der Stadtbahn zu Lasten des motorisierten Individualverkehrs. Bereits jetzt habe der Umbau der Verkehrsführung auf dem Jahnplatz zu einer Belastung der Anwohnerinnen und Anwohner in den Nebenstraßen durch die verlagerten Verkehrsströme geführt.

Herr Ridder-Wilkens erklärt, dass er keine klare Prioritätensetzung bei der Planung erkennen könne. Die Möglichkeit von Fördermittel habe wieder zu einer Situation geführt, die aufgrund von Kompromissen wie ein Gemischtwarenladen wirke. Zu seiner Nachfrage erklärt Herr Vahrson, dass die Inanspruchnahme der Fördermittel voraussichtlich eine Zweckbindung von mindestens 20 Jahren bewirken würde. Die Grundsatzentscheidung über die Aufteilung des Verkehrsraums sei im Frühjahr getroffen worden. Die Verwaltung halte grundsätzlich daran fest und baue darauf auf.

Herr Franz geht auf die Querung zwischen Niedernstraße und Bahnhofstraße ein, die zu Lasten der Fußgängerinnen und Fußgänger ginge und sieht vor dem Hintergrund einer immer älter werdenden Gesellschaft Bedarf für zusätzliche Sicherheitselemente. Auch die Geschwindigkeit des Radverkehrs müsse an dieser Stelle reduziert werden.

Herr Vahrson erklärt, dass es eine Gesamtquerung der Nord-Süd-Achse geben würde, die sogar breiter als die jetzige sei. Darüber hinaus würde es auf der Nord-Ost-Seite eine barrierefreie Querung mit Anbindung an die Bushaltestellen geben und auch der Einstieg in den Stadtbahnbereich sei gut erreichbar. Die Signalisierung für alle Verkehre erfolge mit ausreichender Querungszeit für die Fußgängerinnen und Fußgänger.

Herr Vahrson erklärt, dass Taxen- und Anlieferverkehre in besonderer Weise berücksichtigt würden. Die Entwurfsplanung sei noch nicht abgeschlossen und man werde versuchen, die bereits zugegangenen Hinweise so weit wie möglich bei den begrenzten Platzverhältnissen zu integrieren.

Herr Langeworth stellt für sich fest, dass die seit mehr als vier Monaten immer wieder angesprochenen Problembereiche nicht gelöst worden seien. Der Zeitdruck steige und er habe den Eindruck, dass sich an den Planungen nichts ändere. Darauf eingehend verweist Herr Franz auf die getroffene Grundsatzentscheidung, die Umgestaltung nach dem Vorbild des „Kopenhagener Modells“ durchzuführen. Die Entscheidung sei im Vorfeld kontrovers diskutiert, aber mehrheitlich beschlossen worden und eine komplette Umplanung sei somit kaum möglich.

Anschließend stellt Herr Kortemeier vom *Landschaftsarchitektenbüro Kortemeier Brokmann* die Freianlagenplanung vor [im Gremieninformationssystem einsehbar] und beantwortet Nachfragen aus der Bezirksvertretung.

Herr Gutknecht erkundigt sich, ob die Platzgestaltung mit Bielefeld Marketing hinsichtlich von Veranstaltungen abgestimmt worden sei. Die geplanten Hochbeete sehe er eher als Barriere und Hindernis und möchte wissen, wie die Gewerbetreibenden am Niederwall dazu stünden. Er fragt nach, ob es für die gebundene Bauweise ein Referenzobjekt gäbe, mit dem man mindestens schon fünf Jahre habe Erfahrungen sammeln können. Er bittet um Auskunft, ob eine Alternativplanung bestehe, sofern das Jahnplatzforum nicht angekauft würde.

Herr Vahrson erklärt, dass die künftige Anordnung von Veranstaltungsbauten und Sondernutzungen auf dem Jahnplatz an der neuen Planung ausgerichtet würden. Weder die Anordnung der Bäume, noch die der Hochbeete sei auf Widerstand gestoßen. Herr Kortemeier teilt mit, dass in der Stadt Paderborn, beispielsweise im Bereich des Domhügels, seit mehr als einigen Jahrzehnten die gebundene Bauweise mit guten Erfahrungen genutzt würde. Sofern das Jahnplatzforum nicht angekauft würde, sei das

geplante Pflaster-Raster flexibel genug, um beispielsweise auf den Verbleib der Eingänge an den bisherigen Stellen zu reagieren.

Herr Bevan nimmt Bezug auf die genannten Achslasten und erklärt, dass dann kein LKW mehr über den Jahnplatz fahren dürfe. Dazu räumt Herr Kortemeier ein, dass hier eine falsche Belastungskennzahl eingetragen worden sei und die korrekte Belastungsklasse 3-2 laute, bei der dann auch LKWs anliefern dürften. Zur Nachfrage nach den Dächern teilt Herr Kortemeier mit, dass dafür ein anderes Architekturbüro beauftragt worden sei und er hierzu keine Auskünfte geben könne.

Herr Meichsner stimmt Herrn Gutknecht hinsichtlich der Trennwirkung der Hochbeete zu, nennt diese kommende „Müllbeete“ und sieht die Anlieferungsmöglichkeiten für die Geschäfte am Niederwall bei der neuen Planung kritisch, da hier das Parken auf dem Radweg absehbar sei. Herr Kortemeier verdeutlicht, dass neben dem Radweg ein Anlieferstreifen eingeplant sei. Hinsichtlich der Ausführungen von Herrn Meichsner zum Urheberrecht erklärt er, dass das Büro Kortemeier Brokmann seit über 70 Jahren hier überwiegend lokal tätig sei. Ein Auftreten wie das anderer Kolleginnen und Kollegen aus Berlin würde man sich daher nicht erlauben und gehe ganz allgemein eher entspannt mit dieser Frage um. Herr Vahrson ergänzt, dass zudem eine vertragliche Regelung hierzu bestünde.

Herr Kortemeier erläutert zu den Hochbeeten, dass nur damit am Niederwall Bäume über dem Jahnplatzforum aufgrund der vorhandenen Aufbauhöhe von lediglich 20 cm möglich seien. Er räumt ein, dass diese einen hohen Unterhaltungsaufwand erfordern würden.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 7

BI - CYCLE Fahrradparkhaus unter dem Jahnplatz

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9531/2014-2020
Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke

Herr Franz teilt mit, dass sich die Fraktionen im Vorfeld darauf verständigt hätten, die Vorlage in erster Lesung zu behandeln und bittet Herrn Vahrson (Amt für Verkehr), diese vorzustellen.

Herr Vahrson schickt voraus, dass sich die vermutlich einmalige Möglichkeit biete, zusammen mit der oberirdischen Umgestaltung des Jahnplatzes zeitgleich unterirdisch ein Fahrradparkhaus zu entwickeln. Zudem bestünde die Möglichkeit, Fördermittel in Höhe von 3,55 Mio. Euro zu bekommen. Eine durch ein externes Gutachterbüro durchgeführte Analyse habe einen Bedarf von 1.500 Stellplätze ermittelt. Sodann erläutert er die vier verschiedenen Varianten und erklärt, warum die Verwaltung die Vorzugsvariante S mit der Untervariante S2 favorisiere und zum Beschluss vorschlage. Eine Entscheidung müsse zeitnah getroffen werden, damit bereits jetzt Leitungen umgelegt und die Zentrale umgebaut werden könnten.

Herr Suchla stimmt zu, dass in der Zukunft ein zusätzlicher Bedarf für Fahrradabstellmöglichkeiten bestehen werde. Entscheidendes Kriterium aber

sei bei der Nutzung eines Rades die unmittelbare Nähe des Abstellplatzes zum Ziel und daher habe er erhebliche Zweifel, ob in der Innenstadt ein Bedarf in dieser Dimensionierung für ein Fahrradparkhaus vorhanden sei. Am Umsteigepunkt des Hauptbahnhofs würde eher von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht werden. Er habe daher Bedenken, ob hier nicht am Bedarf vorbei geplant werde.

Herr Gutknecht schließt sich den Ausführungen von Herrn Suchla an und bittet, die Bedarfsanalyse zur Verfügung zu stellen. Herr Vahrson sichert dies zu. Herr Gutknecht sieht diese Form der Angebotsplanung skeptisch. Möglicherweise könnte es ausreichen, nur die Flächen unter dem ehemaligen Opitz-Gebäude für ein Fahrradparkhaus zu erwerben und zu nutzen. Auch könne, wie im Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke angeregt, über die Nutzung von Teilen der Tiefgarage unter dem Neuen Rathaus nachgedacht werden. Er bittet um eine Rentabilitätsberechnung, um die Höhe der Folgekosten verdeutlicht zu bekommen.

Herr Henningsen argumentiert, dass der größte Teil der Radfahrerinnen und Radfahrer von Laden zu Laden fahre, das Rad dort jeweils kurzfristig kostenlos abstelle und kein Interesse habe, vorher noch in einen Tunnel hinein zu fahren. Von daher bezweifle er die Bedarfsanalyse. Zusätzlich müsse gesehen werden, dass es für den Erwerb des Jahnplatzforums keine Zuschüsse gebe, was die Kosten pro Fahrradparkplatz „exorbitant“ in die Höhe treibe. Diese Summen seien den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar. Er schließt sich Herrn Gutknecht an und bittet um Mitteilung, ob nicht eine kleinere Lösung mit den Flächen unter dem ehemaligen Opitz-Gebäude in Frage käme.

Herr Ridder-Wilkens nennt die Platzzahl überdimensioniert und weist auf die über 4.000 geplanten Abstellplätze am Bahnhof hin. Es fehle ein Betriebskonzept und wie schon seine Vorredner gehe auch er davon aus, dass im Bereich um den Jahnplatz herum die Räder eher kostenlos und oberirdisch abgestellt würden. Auch seine Fraktion sehe die Kosten als zu hoch an und habe darum einen Ergänzungsantrag formuliert, um Alternativen prüfen zu lassen.

Text des Antrags:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, inwieweit Teile der Tiefgarage am Rathaus als Fahrradparkhaus genutzt werden können und wie viele Fahrräder dort abgestellt werden könnten.

Herr Henningsen erklärt, dass die Tiefgarage bereits ausgelastet und der Ergänzungsantrag daher eher kontraproduktiv sei. Herr Franz ergänzt, dass die Verwaltung bereits vor geraumer Zeit dargelegt hätte, dass eine PKW-Parkhausnutzung, in der auch noch Radverkehre geführt würden, an dieser Stelle kaum möglich sei. So würden zum Beispiel separate Rampen fehlen, die mangels Platz auch nicht nachträglich angelegt werden könnten. Dennoch könne über einen erneuten Prüfauftrag hier angesichts der aktuellen Diskussion nachgedacht werden. Da heute erste Lesung vereinbart sei, werde die Verwaltung gebeten, zu diesem Aspekt noch einmal Stellung zu nehmen.

Herr Vahrson verdeutlicht, dass auch bei der kleineren XS-Variante das gesamte Jahnplatzforum angekauft werden müsse. Für eine Rentabilitäts-

berechnung müssten die Kosten für Planung, Bau, Grunderwerb, Unterhaltung sowie Betrieb und Personal erfasst und den Einnahmen über mobil als Betreiber ermittelt und gegenübergestellt werden.

Herr Henningsen regt an, bei der vorgeschlagenen Lösung mit den Flächen unter dem Opitz-Gebäude die Zufahrt von der Rentestraße aus zu ermöglichen. So könne das Jahnplatzforum gänzlich außen vor bleiben und müsste nicht angekauft werden.

Herr Vahrson gibt den Hinweis, dass er zum jetzigen Zeitpunkt nicht sicher sei, ob ein Fahrradparkhaus auf den Flächen unter dem Opitz-Gebäude zuschussfähig wäre. Der Förderantrag sei ja ursprünglich für 1.500 Abstellplätze gestellt worden mit der Maßgabe, eine in die Jahre gekommene Passage dahingehend umzugestalten.

Herr Franz fasst zusammen, dass die Verwaltung die heute nicht abschließend geklärten Fragen zur zweiten Sitzung klären möge und ebenfalls den im Ergänzungsantrag der Fraktion Die Linke gestellten Prüfauftrag dabei berücksichtigen solle. Er stellt fest, dass zu dieser Vorgehensweise Einigkeit besteht.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung behandelt.

Zu Punkt 8

Emissionsfreie Innenstadt (EFRE 2014-2020)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9490/2014-2020

Herr Franz teilt mit, dass sich die Fraktionen im Vorfeld darauf verständigt hätten, die Vorlage in erster Lesung zu behandeln.

Herr Meichsner verweist auf ein vor rd. sieben Jahren erstelltes Gutachten, auf dessen Basis die Friedrich-Ebert-Straße zwischen Kavalleriestraße und August-Bebel-Straße voll ausgebaut worden sei. Er zieht zusätzlich Unterlagen aus den Jahren 1976 bis 1992 heran und erinnert an Aussagen der Verwaltung, dass ein wie in der heute vorgestellten Planung beabsichtigter Ausbau aufgrund der Unterkellerung des Gehwegs nicht möglich sei. Beispielsweise fänden sich dort teilweise noch Überreste des ehemaligen Gaswerks und verbundene Keller der Telekom. Es müsse daher geklärt werden, ob Busse über diese Flächen fahren könnten oder ob die damalige Auskunft unzutreffend gewesen sei. Im November 1992 sei im damaligen Planungsausschuss darüber informiert worden.

Herr Ridder-Wilkens begrüßt für die Fraktion Die Linke die beabsichtigte Planung, die eine Verbesserung für den Radverkehr sei.

Herr Franz bittet, die durch die von Herrn Meichsner geschilderte Situation aufgetauchten Fragen zur nächsten Sitzung zu klären.

Beschluss:

Der Tagesordnungspunkt wird in erster Lesung behandelt.

-.-.-

Zu Punkt 9 Fahrradabstellmöglichkeiten am Neuen und Alten Rathaus

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9491/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt die Erweiterung der Fahrradabstellmöglichkeiten am Neuen und Alten Rathaus entsprechend des beigefügten Plans.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 10 Konzept für eine Nutzung des "Grünen Würfels" auf dem Kesselbrink

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9469/2014-2020/1

Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion

Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion

Herr Beigeordneter Nürnberger stellt die Planungen vor und betont, dass man sich für ein dynamisches, lernendes Konzept entschieden habe, da die starren Konzepte der Gastronomen erfolglos gewesen seien. Einerseits müssten attraktive Angebote für den Kesselbrink gemacht werden, um den Platz stärker zu beleben und Ordnungsamt und Polizei müssten zusammen für zusätzliche Sicherheit sorgen. Wenn diese beiden Handlungsfelder verknüpft werden könnten, sehe er für den Kesselbrink eine positive Entwicklungschance. Er räumt ein, dass das von der Verwaltung vorgelegte Tempo sehr hoch sei, aber jeder weitere Leerstands-Monat trage dazu bei, dass die Situation nicht verbessert werden könne. Das Gebäude mit seinem Innenzuschnitt sei nicht optimal für ein Stadtteilangebot, aber mit flexiblen Wänden könne dies zumindest etwas korrigiert werden. Zunächst würden Öffnungszeiten von rd. 30 Stunden pro Woche angestrebt, das Personal würden „Die Falken Bielefeld“ stellen. Das Hausrecht würde - wie es in jeder Stadtteileinrichtung üblich sei - für diesen Zeitraum den Falken übertragen. Ob Teile des Kesselbrink als Spielplatz ausgewiesen werden könnten und welche rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten sich dann daraus ergäben, würde derzeit noch geprüft. Weil der Handel mit Drogen ohnehin überall verboten sei, richte sich dieses Instrument aber primär gegen die Alkoholiker-Szene. Da die Beschlüsse erst im November getroffen würden, schlage er vor, bis Ende Februar 2020 das Sofortprogramm durchzuführen, um mehr Erfahrungen sammeln zu können. Das weiterentwickelte Konzept würde dann ebenfalls in den Februar-Sitzungen vorzulegen sein.

Herr Suchla verweist auf die Skater-Anlage und die ebenfalls gut angenommene Calisthenics-Anlage, mit denen zusammen das vorgestellte

Konzept das Potential habe, die Situation zu verbessern. Die SPD-Fraktion werde dem ergänzten Verwaltungsvorschlag zustimmen. Sodann stellt er den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion [Text s. Beschluss] vor.

Herr Meichsner erklärt, dass die CDU-Fraktion im gesamten Verlauf des Umgestaltungsprozesses mehrfach begleitende ordnungsbehördliche Maßnahmen gefordert habe. Eine Bestreifung durch Polizei und Ordnungsamt müsse auch nach 22:00 Uhr stattfinden. Er bittet um Klärung, ob es statisch möglich sei, flexible Wände zusätzlich in das Gebäude einzusetzen. Die Kosten für einen längerfristigen Betrieb dieser Projekte müssten genannt werden. Er geht auf den Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion [Text s. Beschluss] ein und erklärt, dass dieser nicht deckungsgleich mit dem Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion sei.

Herr Ridder-Wilkens vertritt die Auffassung, dass der „Grüne Würfel“ für die Nutzung als Gastronomiebetrieb überdimensioniert sei und dies möglicherweise der Grundfehler bei der Konzeption des Kesselbrink gewesen sei. Vor diesem Hintergrund zeige das nun von Herrn Nürnberger vorgestellte Konzept mit Jugendkulturarbeit eine unterstützenswerte Richtung auf. Inwieweit aber damit die Drogen- und Trinkerszene tatsächlich zurückgedrängt werden könne, müsse sich erst noch zeigen. Auch der Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion sei zielführend. Der Vorschlag der CDU-Fraktion, das Gebäude zunächst einzuzäunen und leer stehen zu lassen, sei unsinnig.

Herr Gutknecht begrüßt den Ansatz der dynamischen Herangehensweise. Der Kesselbrink sei in seiner Größe so von den Bielefelder Bürgerinnen und Bürger gewollt und müsse nun auch dementsprechend bespielt werden. Er rege für ein vielfältiges Angebot an, mit verschiedenen Akteuren das Gespräch zu suchen. Die Zahl der Streifengänge müsse weiter erhöht werden. Über den Einsatz einer mobilen Stadtwache sei nachzudenken. Die Beleuchtungsstärke müsse erhöht werden, eine Einzäunung sei aber der falsche Weg.

Herr Bevan verdeutlicht, dass der Kesselbrink sowohl ein Durchgangs- als auch ein Aufenthaltsplatz sei. Jugendliche aber würden sich dort nach 22:00 Uhr nicht mehr aufhalten. Tagsüber aber könnte man mit den in der Nähe liegenden Schulen vielleicht Angebote für Schülerinnen und Schüler entwickeln.

Herr Suchla erklärt, dass die Forderungen der CDU-Fraktion, insbesondere für die Nachtzeiten, relativ wenig mit dem von Herrn Nürnberger vorgestellten Konzept zu tun hätten. Außer der Absperrung mit einem Zaun könne er auch keine Alternativvorschläge erkennen.

Herr Langeworth nimmt Bezug auf die Berichte und Leserbriefe in der Lokalpresse, die verdeutlicht hätten, dass die Lage am Kesselbrink „vorsichtig formuliert, nicht sehr freundlich sei“. Er äußert sein Unverständnis, dass

mehrere Lampen am Kesselbrink defekt seien und nicht sofort wieder repariert würden. Es sei erschreckend, welchen Grad die Vermüllung angenommen habe. Auch der freie WLAN-Hotspot trage dazu bei, dass sich dort Leute aufhielten, die sonst nicht dort wären.

Herr Nürnberger geht auf die Thematik der Beleuchtung ein und informiert darüber, dass hier bereits erste Schritte zur Verbesserung eingeleitet worden seien. Während der Testphase würde die Stadt Bielefeld den Würfel selbst betreiben und erst im Anschluss daran prüfen, ob freie Träger mit dem Betrieb beauftragt werden könnten. Wenn Ende 2020 festgestellt würde, dass das Konzept funktioniere und die Stadt im „Grünen Würfel“ nicht mehr auf ein soziales Angebot verzichten wolle, könne über einen Ankauf des Gebäudes nachgedacht werden. Kauf oder Miete sei dann eine Frage der Wirtschaftlichkeit. Für Montag, den 04.11.2019, habe er die Anwohnerinnen und Anwohner zu einem Informationsgespräch in den „Grünen Würfel“ eingeladen, um weitere Meinungen in die Konzeptüberlegungen einbeziehen zu können.

Frau Heckeroth spricht sich dafür aus, zunächst die Rahmenbedingungen wie beispielsweise die Abfallentsorgung, auf dem Kesselbrink zu verbessern und in einem zweiten Schritt dann den „Grünen Würfel“ neu zu gestalten.

Herr Nürnberger vertritt die Auffassung, dass eine Vermüllung im Umfeld des „Grünen Würfels“ erst dann auf ein normales Niveau zurückgehen werde, wenn durch dessen Belegung wieder eine soziale Kontrolle durch engagierte Nutzerinnen und Nutzer stattfände.

Nach kurzer Diskussion über das Abstimmungsverfahren verständigt sich die Bezirksvertretung Mitte darauf, zunächst auf Antrag der CDU-Fraktion einzeln über die Punkte des Ergänzungsantrags der CDU-Fraktion, dann einheitlich über den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion und dann über den von Herrn Beigeordneten Nürnberger ergänzten Verwaltungsvorschlag abzustimmen.

Sodann lässt Herr Franz zunächst einzeln über die Punkte des Ergänzungsantrags der CDU-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

- 1. Die Beschlussvorlage der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.**

- einstimmig beschlossen -

- 2. Die Leuchtstärke der vorhandenen Beleuchtung des Kesselbrinks ist deutlich zu erhöhen.**

- bei vier Enthaltungen einstimmig beschlossen -

- 3. Aus Sicherheitsgründen ist der Innenbereich des Kesselbrinks (Multifunktionsfläche) ebenfalls hinreichend auszu-leuchten.**

- einstimmig beschlossen -

4. **Von einer Zwischennutzung des Grünen Würfels ist bis zur Erstellung eines belastbaren Nutzungskonzepts unter Berücksichtigung der baulichen und statischen Gegebenheiten und dem Abschluss der Durchführung notwendiger Um- und Einbauten zur Ertüchtigung abzusehen.**

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

5. **Zur Sicherung des Gebäudes vor Einbruch- und Vandalismuschäden ist es umgehend**
 - a) **rundum einzuzäunen**
 - b) **mit Bewegungsmeldern auszustatten**
 - c) **Video zu überwachen**

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

6. **Es ist zu prüfen, inwieweit eine Bereitschaft der Falken für eine Zwischenzeitbetreuung zur Unterstützung der Street-Worker des BAJ gegeben ist.**

- mit großer Mehrheit abgelehnt -

Danach lässt Herr Franz über den Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion abstimmen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt,

1. **mit geeigneten Maßnahmen dem Kinder- und Jugendschutz im Grünen Würfel und im engeren Umkreis Rechnung zu tragen. Dazu sollen die regelmäßige Bestreifung durch das Ordnungsamt bzw. die Stadtwache sowie die enge Zusammenarbeit mit der Polizei fortgeführt und nach Möglichkeit ausgeweitet werden.**
2. **Außerdem sollen gemeinsam mit der BGW und dem ISB Maßnahmen entwickelt werden, die die Beleuchtungssituation des Kesselbrinks und insbesondere des Grünen Würfels verbessern.**
3. **Die Verwaltung wird ferner gebeten, regelmäßig - und zum ersten Mal nach dem ersten Quartal 2020 - den zuständigen Ratsgremien und der BV Mitte zu berichten, welche Angebote im Grünen Würfel gemacht werden, wie sie angenommen werden und wie sich die Situation auf dem Kesselbrink darstellt.**

- bei vier Enthaltungen einstimmig beschlossen -

Im Anschluss lässt Herr Franz unter Berücksichtigung der vorgenannten Beschlüsse über den Beschlussvorschlag der Verwaltung mit den von Herrn Beigeordneten Nürnberger vorgeschlagenen Änderungen abstimmen.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Sozial- und Gesundheitsausschuss, dem Jugendhilfeausschuss und dem Finanz- und Personalausschuss zu beschließen:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Träger „Die Falken Bielefeld“ bis Ende Februar 2020 ein „Sofortprogramm“ im „Grünen Würfel“ auf dem Kesselbrink zu organisieren. Dafür werden aus dem Haushalt des Jugendamtes bis zu 20.000 Euro zur Verfügung gestellt.**
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Basis dieser Beschlussvorlage das Konzept für den Grünen Würfel weiterzuentwickeln und dieses den Fachausschüssen zur Beschlussfassung zu den Sitzungen im Februar 2020 vorzulegen.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 11

Neue Projekte bzw. Veranstaltungen für Jugendliche

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9402/2014-2020

Herr Langeworth erklärt, dass die Entscheidung für eine begleitete Rosenmontagsveranstaltung damals richtig gewesen sei, jedoch derzeit keine Bedarfe bestünden und daher seitens der Fachverwaltung keine weiteren Maßnahmen ergriffen werden sollten. Die CDU-Fraktion beantrage daher, die genannten Veranstaltungen einzustellen und keine Finanzmittel aus dem Budget des Amtes für Jugend und Familie für Nachfolgeprojekte zur Verfügung zu stellen.

Herr Nürnberger kann diese Auffassung nicht teilen und weist darauf hin, dass zunächst beabsichtigt sei, den Bedarf bei Jugendlichen festzustellen und erst in einem zweiten Schritt darauf aufbauend Veranstaltungen zu konzipieren und anzubieten. Diese würden dann den zu beteiligenden Gremien vorgestellt, welche über Durchführung und Mittelfreigabe entscheiden könnten. Aus dem Jugendhilfeausschuss sei der einstimmige Auftrag erteilt worden, mehr Jugendbeteiligungsprojekte anzustoßen.

Herr Gutknecht sieht in der vorbereitenden Planung ein Geschäft der laufenden Verwaltung und regt an, nur darüber zu entscheiden, ob die zwei genannten Veranstaltungen eingestellt werden sollten.

Herr Henningsen regt an, einen Sperrvermerk anzubringen und eine Ausgabe von der Zustimmung der Bezirksvertretung Mitte abhängig zu machen. Dazu erklärt Herr Nürnberger, dass zur Jugendbeteiligung ein Auftrag des Jugendhilfeausschusses vorläge und es sich somit um eine gesamtstädtische Angelegenheit handle.

Auf Nachfrage von Herrn Franz erklärt Herr Langeworth, dass die Rosenmontagsveranstaltung ursprünglich eine bezirkliche Angelegenheit gewesen sei und seine Fraktion eine alternative Vorgehensweise vorgeschlagen

habe. Über diesen mündlich formulierten Ergänzungsantrag sei abzustimmen.

Sodann wird der Antrag der CDU-Fraktion, die Rosenmontagsveranstaltung aufgrund fehlenden Bedarfs einzustellen und, da zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Nachfolgebedarfe gesehen werden, daher auch keine Maßnahmen zu ergreifen, mit großer Mehrheit abgelehnt.

Im Anschluss lässt Herr Franz über den Beschlussvorschlag der Verwaltung abstimmen.

Beschluss:

- 1. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit dem Bielefelder Jugendring und interessierten Jugendlichen Ersatzprojekte bzw. -veranstaltungen für die beiden Jugendtanzveranstaltungen „Rosenmontagsparty“ und „I love Nachsitzen“ zu planen und zu realisieren.**
- 2. Für die Durchführung der Projekte bzw. Veranstaltungen sind jährlich insgesamt bis zu 15.000 € aus dem Budget des Amtes für Jugend und Familie – Jugendamt – bereitzustellen.**

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Zu Punkt 12

Ausweisung von Flächen als naturnahe Lern- und Spielorte
Hier: Bielsteinstraße für die Diesterwegschule

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9500/2014-2020

Herr Langeworth erinnert daran, dass mit dem Beschluss der Bezirksvertretung die Verwaltung bzw. die Schule gebeten worden sei, eine Anwohnerinnen- und Anwohnerinformation in dem Quartier durchzuführen. Statt eines Informationstermins sei das Meinungsbild aber mittels einer Postwurfsendung durch die Schule abgefragt worden. Dies könne man machen, es sei aber ungewöhnlich. Zukünftig solle stets eine Informationsveranstaltung mit der Möglichkeit des Dialogs stattfinden.

Frau Krüger begrüßt die Planung und bedauert, dass einige angedachte Maßnahmen aufgrund der fehlenden 2.000,00 € zunächst nicht realisiert werden könnten.

Herr Meichsner erklärt, dass die Fläche bisher sehr intensiv von Migrantinnen und Migranten genutzt worden sei und man werde sich überlegen müssen, was man jetzt als Angebot machen könne.

Herr Gutknecht gibt den Hinweis, dass die KiTa Bielsteinstraße die Grünfläche unmittelbar an ihrem Gebäude gerne nutzen würde. Das Herrichten dieser Fläche durch den Umweltbetrieb würde sich sehr positiv für die KiTa auswirken und werde seit langem gefordert.

Herr Franz weist zum Wortbeitrag von Herrn Meichsner darauf hin, dass in der Vorlage erklärt würde, dass eine permanente Nutzungsmöglichkeit der Fläche für die Allgemeinheit weiterhin bestehen würde.

Beschluss:

Die Bezirksvertretung Mitte beschließt die Einrichtung einer Naturspielfläche in der Grünfläche an der Bielsteinstraße in der nachfolgend dargestellten Form.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 13

Festlegung des Ausbaustandards der Straße An den Glockenstücken zwischen Am Tiefen Weg und Haus Nr.1

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 9540/2014-2020

Herr Henningsen weist auf die Kosten der Maßnahme hin, die zu 90% von den Anwohnerinnen und Anwohner zu tragen seien. Er erkundigt sich, ob diese davon Kenntnis hätten. Herr Meichsner erklärt, dass ihm die Verwaltung mitgeteilt habe, dass mit den Anwohnerinnen und Anwohnern gesprochen worden sei.

Beschluss:

- a) Dem Ausbau der Straße An den Glockenstücken zwischen Am Tiefen Weg und Haus Nr.1 entsprechend der beigefügten Planung (Anlage 1 und 2) wird zugestimmt.
- b) Der Errichtung der Straßenbeleuchtung in der Anliegerstraße im Zuge des Straßenbaus in Form von LED-Leuchten auf 5,00 m Masten wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 14

Umbau der Heeper Straße zwischen Teutoburger Straße und am Venn

Hier: Zeitliche und finanzielle Umsetzungs-Szenarien

Beratungsgrundlage: Drucksachennummer: 9569/2014-2020

Die Verwaltung hat die Vorlage zurückgezogen.
Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

Zu Punkt 15

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/3/20.2 "Rebhuhnweg / Fasanenstraße" für das Gebiet südlich und westlich des Rebhuhnwegs, nördlich der Fasanenstraße und östlich des

Wachtelwegs im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a Baugesetzbuch (BauGB)
- Stadtbezirk Mitte -
Entwurfsbeschluss
Bechluss zur Durchführung der Beteiligungen gem. §§ 3 (2) und 4 (2) Baugesetzbuch (BauGB)

Beratungsgrundlage: Drucksachenummer: 9418/2014-2020

Über die Vorlage hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

Beschluss:

1. Der Bebauungsplan Nr. III/3/20.02 „Rebhuhnweg / Fasanenstraße“ für das Gebiet südlich und westlich des Rebhuhnwegs, nördlich der Fasanenstraße und östlich des Wachtelwegs wird als Entwurf beschlossen.
2. Der Entwurf des Bebauungsplanes ist mit der Begründung für die Dauer eines Monats, mindestens jedoch 30 Tage, gemäß § 3 (2) Baugesetzbuch (BauGB) öffentlich auszulegen. Die Auslegung ist gemäß § 3 (2) BauGB öffentlich bekannt zu machen.
3. Parallel zur Auslegung sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 (2) BauGB zu beteiligen.
4. Der Flächennutzungsplan wird gemäß § 13a (2) Nr. 2 BauGB im Wege der Berichtigung angepasst.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 16

Bericht zu den Ergebnissen der Unfallkommission

Herr Franz stellt fest, dass im Vorfeld der Sitzung keine Nachfragen an die Verwaltung gerichtet wurden. Über die vorliegenden Protokolle hinaus besteht kein weiterer Beratungsbedarf.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 17

Aufstellung einer Wanderinformationstafel

Herr Franz informiert über die Ergebnisse des Ortstermins am 28.10.2019, bei dem keine besser verträgliche Lösung zum von der Verwaltung vorgeschlagenen Standort gefunden werden konnte. Mit Blick auf den Zeitdruck für die Inanspruchnahme von Fördermitteln habe die Verwaltung vorgeschlagen, die Tafel an dem von der Verwaltung ermittelten Standort als Übergangslösung für einen Zeitraum von ca. zwei Jahren aufzustellen. Innerhalb dieses Zeitraums könnte dann versucht werden, mit den Beteiligten unter Einbeziehung der BV Mitte einen besser geeigneten Standort zu finden. In der Vorbesprechung zur Sitzung seien die Fraktionsvorsitzenden, Einzelvertretern und stellv. Bezirksbürgermeistern übereingekommen, zunächst für ein Jahr den von der Fachverwaltung vorgeschlagenen Standort zu akzeptieren. Innerhalb dieses Zeitraums könnte gemeinsam ein anderer Standort gefunden werden. Dabei könnte auch die beim Orts-termin ins Gespräch gebrachte Dreieckslösung um einen Abspannungsmast herum geprüft werden.

Beschluss:

Die Tafel wird an dem von der Verwaltung ermittelten Standort als Übergangslösung für einen Zeitraum von einem Jahr aufgestellt. Innerhalb dieses Zeitraums kann mit den Beteiligten in Abstimmung mit der BV Mitte ein anderer Standort gefunden werden. Dabei ist auch der Vorschlag einer Wanderinformationstafel in Dreiecksform zu prüfen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 18

Sachstand Neumarkt

Herr Franz erklärt, dass trotz der von Herrn Feldmann gemachten Ankündigung in der letzten Sitzung über die Verstärkung der Kontrollintervalle das Problem des unberechtigten Parkens auf dem Neumarkt weiterhin vorhanden sei.

Herr Meichsner erklärt, dass ein Schreiben des Légère-Hotels an das Dezernat 4 geschickt worden sei und bittet, hierzu Aussagen zu treffen. Er weist darauf hin, dass aufgrund einer abgesperrten Pforte weder Fußgängerinnen und Fußgänger noch Autoverkehre zur Kavalleriestraße hin den Platz verlassen könnten. Darum würde hier immer wieder über die Tanzfläche gefahren. Er bittet um Auskunft, wie das nun geregelt würde. Weiterhin sei seitens des Légère-Hotels Geld für den Bau eines Spielplatzes gegeben worden, der aber nicht realisiert worden sei. Er frage daher nach, wo dieses Geld geblieben sei.

Herr Gutknecht verweist auf angebrachte Sitzgelegenheiten, gefertigt aus Stahlrohren, und erkundigt sich, wann dies beschlossen worden sei. Weiterhin möchte er wissen, ob zu der in der letzten Sitzung vorgeschlagenen Schrankenlösung schon erste Ergebnisse vorlägen.

Herr Ridder-Wilkens nimmt Bezug auf das von Herrn Meichsner angesprochene Schreiben des Légère-Hotels und erklärt, dass dieses seiner Fraktion nicht vorläge. Bevor die Verwaltung dazu Stellung nehme, müsste dies allen bekannt sein, da ansonsten die Antwort nicht einzuordnen sei. Herr Gutknecht und Herr Suchla erklären, dass dieses Schreiben ihren Fraktionen ebenfalls nicht vorläge und stimmen Herrn Ridder-Wilkens zu.

Herr Franz bittet die Fachverwaltung, zu diesen und zu den in der letzten Sitzung angesprochenen Punkten zu berichten.

Frau Weinhold (Amt für Verkehr) berichtet zu den ausgetauschten Gussasphaltflächen, dass diese nun neu in Asphaltbeton hergestellt worden seien. Der geplante Anstrich könne aufgrund der Witterungsverhältnisse möglicherweise erst im Frühjahr 2020 erfolgen. In der letzten Sitzung seien ein Spielplatz bzw. Sandspielflächen angesprochen worden. Sie habe sich darum den in 2016 beschlossenen Entwurf der Grundsatzplanung einmal vorlegen lassen und festgestellt, dass dort immer das Wort „Spielfläche“ zu lesen sei. In den dazu gehörenden Detailzeichnungen seien bereits die Tanzschritte eingezeichnet gewesen. In der Ausführungsplanung seien dann die Tanzschritte dahingehend konkretisiert worden, dass Walzer, Tango und Foxtrott genannt wurden. Dies habe sich jetzt aktuell zu Walzer, Foxtrott, Cha-Cha-Cha und Rumba geändert. Die Fläche sei fünf mal fünf Meter groß und in keinem Fall für öffentliche Tanzveranstaltungen geeignet.

In der Ausführungsplanung sei man von der ursprünglich ausgewiesenen Pflasterfläche abgerückt und habe sich für eine homogene Asphaltfläche ohne Fugenbildung entschieden.

Herr Meichsner vertritt die Auffassung, dass dazu kein Beschluss gefasst worden sei.

Zur Nachfrage aus der letzten Sitzung zur Außengastronomie erklärt Frau Weinhold, dass diese erst nach einem Antrag auf Sondernutzung erfolge und bislang kein solcher Antrag beim Amt für Verkehr gestellt worden sei. In der Lokalpresse sei es so dargestellt worden, als ob Herr Beigeordneter Moss im Frühjahr darüber entscheiden würde, ob die Tanzschritte wieder aufgebracht würden. Dies sei nicht korrekt. Sofern die Verwaltung bei der Abwägung der einzelnen Prozesse zu dem Ergebnis komme, die Tanzschritte nicht wieder aufzubringen, würde dies der Bezirksvertretung Mitte zur Beschlussfassung vorgelegt werden.

Herr Meichsner erklärt, dass Tanzschritte ohne Musik keinen Sinn ergäben und davon auszugehen sei, dass Interessierte hier selber für Beschallung sorgen würden.

Herr Franz wiederholt die Aussage von Frau Weinhold, dass es sich bei den aufgeklebten Tanzschritten um ein künstlerisches Stilelement auf fünf mal fünf Metern Fläche handle und von Tanzveranstaltungen nicht die Rede sein könne. Er bittet, diesen Sachverhalt und das weitere Vorgehen noch einmal schriftlich zusammen zu fassen und zur Entscheidung der Bezirksvertretung Mitte vorzulegen.

Zur Nachfrage aus der letzten Sitzung zur Baumpflanzung erklärt Frau Weinhold, dass keine weitere Baumanpflanzung vorgesehen sei. Zusammen mit dem Umweltbetrieb habe man ein Konzept für die Abfallentsorgung entwickelt, dass zur Verbesserung der Situation führen würde. Die Holzbeplankung als Sitzfläche würde in der 46. Kalenderwoche angebracht.

Für das in den Planungen als optional eingezeichnete Schrankensystem sei ein Leerrohr eingebaut worden. Derzeit gebe es aber aufgrund der unterschiedlichen Eigentumsverhältnisse bzw. Anwohnerinnen und Anwohner eine differenzierte Interessenlage.

Es schließt sich eine kurze Diskussion über die Eigentumsverhältnisse und mögliche, daran angepasste Schrankenlösungen an, an der sich Herr Franz, Herr Meichsner, Herr Gutknecht und Frau Zeitvogel beteiligen.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

-.-.-

Zu Punkt 19

Sondermittel

Nachdem Herr Franz den Antrag kurz vorgestellt hat, fasst die Bezirksvertretung Mitte folgenden

Beschluss:

Aus Sondermitteln stellt die Bezirksvertretung Mitte der Kindertagesstätte Kidstown II für die Anschaffung eines Krippenwagens 1.345,00 € zur Verfügung.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 20 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Zu Punkt 20.1 **Prießallee - Stand der Umsetzung**

Herr Tobien teilt als Antwort vom Amt für Verkehr zur Frage aus der letzten Sitzung zum Umsetzungsstand des Beschlusses zur Verlegung von Leerrohren mit:

Der gesamte Streckenzug Ehlenruper Weg als Ausweichroute für den Radverkehr (Detmolder Straße) soll zusammenhängend realisiert werden. Eine bauliche Umsetzung ist noch nicht erfolgt, folglich auch keine Verlegung von Leerrohren.

- Die Bezirksvertretung Mitte nimmt Kenntnis -

Zu Punkt 20.2 **Skulpturen im Park der Menschenrechte**

Herr Franz berichtet, dass es am 28.10.2019 einen Ortstermin im Park der Menschenrechte gegeben habe, um sich noch einmal die Ausrichtung des Sockels für die Skulpturen verdeutlichen zu lassen. Man habe sich mit großer Mehrheit darauf verständigt, den Sockel bei den Figuren Vater und Kind um ca. 40 cm in Richtung der Wegeführung zu verschieben, um einen eher parallelen Verlauf zu bekommen und das Figurenensemble so stimmiger in die Blickrichtungen einzufügen.

Herr Gutknecht gibt dazu eine persönliche Erklärung nach § 16 GeschO ab:

Aufgrund der im Laufe des Verfahrens immer größer gewordenen Dimensionierung lehne ich den Standort ab.

Beschluss:

Als Ergänzung zum Beschluss vom 21.03.2019 stimmt die Bezirksvertretung Mitte der bei dem Außentermin am 28.10.2019 vorgeschlagenen Verschiebung des Sockels um ca. 40 cm zum Weg hin zu.

- mit großer Mehrheit beschlossen -

Nichtöffentliche Sitzung:

[...]

Hans-Jürgen Franz
Bezirksbürgermeister

Heiko Tobien
Schriftführer